

## *Du Forscher, wenn sie Dir morgen befehlen ...*

### **Dürfen Hochschulen mit Militär und Rüstungslobby kooperieren? Nein, sagen immer mehr Studenten und fordern eine Zivilklausel**

Montagnachmittag, Campus Bockenheim. Christoph Wiesner steht am Treppenaufgang vor der Mensa. Mit flinken Handbewegungen drückt der Frankfurter Physik-Doktorand vorbeieilenden Studenten einen hellblauen Flyer in die Hand: »Ja zur Zivilklausel!«, prangt in schwarzen Lettern darauf. Hinter dem Schlagwort verbirgt sich eine deutschlandweit wachsende Bewegung aus Studierenden, Gewerkschaften und Verbänden. Ihr Ziel ist es, die Militärforschung an deutschen Hochschulen einzudämmen.

»Die Gefahr ist, dass Verteidigungsministerium und Rüstungskonzerne über Drittmittelprojekte und Stiftungsprofessuren Einfluss auf die Ausrichtung von Forschung und Lehre erhalten«, sagt Christoph Wiesner. »Woran geforscht wird, unterliegt dabei meist der Geheimhaltung. Für mich ist das nicht hinnehmbar.« Mit dieser Haltung ist Wiesner nicht allein: Im Januar 2012 erst haben sich 76 Prozent der Studenten der Frankfurter *Goethe-Universität* für eine sogenannte Zivilklausel ausgesprochen. Gemeint ist damit ein Passus, der festschreibt, dass Forschung und Lehre ausschließlich friedlichen und zivilen Zwecken dienen sollen.

Jetzt gehe es darum, die Klausel in der Grundordnung der Goethe-Universität zu verankern, sagt Wiesner. An kaum mehr als einer Handvoll Hochschulen in Deutschland ist das bereits geglückt: Die Universitäten Dortmund, Bremen, Oldenburg, Konstanz, Tübingen sowie die TU-Berlin haben sich mittels Zivilklauseln zur ausschließlich friedlichen Forschung verpflichtet.

Auch in anderen Städten regt sich immer mehr Protest: Das Bündnis *Hochschulen für den Frieden* hat Anfang Mai zu einer bundesweiten Zivilklausel-Aktionswoche aufgerufen. Zahlreiche Initiativen haben sich mit Infoständen, Filmabenden und Podiumsdiskussionen daran beteiligt. Die Parteien SPD und Grüne sprachen sich vor den Wahlen 2011 in Baden-Württemberg für die Einführung einer Zivilklausel an allen Hochschulen des Bundeslandes aus. Inzwischen will die Landesregierung von einer gesetzlich verankerten Zivilklausel allerdings nichts mehr wissen.

Wer Militärforschung an deutschen Hochschulen ausmachen will, muss zwar ganz genau hinsehen. Doch er wird fündig: Sie reicht von der Erprobung rüstungsrelevanter Materialien über Drohnenforschung bis hin zu Seminarangeboten von Jugendoffizieren. So ist beispielsweise das *Institut für Angewandte Festkörperphysik* in Freiburg an der Entwicklung des Bundeswehr-Transportflugzeugs *Airbus A400M* beteiligt. Die Universität Stuttgart forscht für das Unternehmen *Eurocopter*, eine Tochter des Rüstungsgiganten EADS, an neuen Rotorblättern und Kampfhubschrauberstrukturen. Die Universität Potsdam bietet seit 2007 den Masterstudiengang »Military Studies« an.

Eine kleine Anfrage der Partei *Die Linke* ergab, dass das *Bundesverteidigungsministerium* (BMVg) im Zeitraum von 2000 bis 2010 gut 46,7 Millionen Euro Drittmittel an insgesamt 48 deutsche Universitäten vergab. Allein die *Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg* erhielt im Jahr 2010 knapp 3,9 Millionen Euro. Für welche Fachrichtungen und Projekte das Geld im Detail verwendet wurde, hält das BMVg unter Verschluss.

Gegner einer Zivilklausel sehen in ihr eine Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit. Zudem verweisen viele Kritiker

auf die Dual-Use-Problematik und betonen wie etwa der Tübinger Neurobiologe Niels Birbaumer, dass jede Art von Forschung letztlich militärisch genutzt werden könnte.

Christoph Wiesner hingegen hält diese Argumente für wenig überzeugend. Schließlich gehe es nicht darum, wichtige Grundlagenforschung zu verbieten, sondern darum, dafür zu sorgen, dass militärische Interessen nicht bereits von vornherein Fragestellung und Zielrichtung der Forschung und Lehre bestimmen.

Dass die Existenz einer Zivilklausel allein noch kein Garant für die prinzipielle Abkehr von militärischer Forschung ist, zeigt ein Beispiel an der Universität Bremen: Dort tobte monatelang ein erbitterter Streit um eine Stiftungsprofessur des Hightech-Unternehmens OHB, das die Bundeswehr mit Aufklärungssatelliten beliefert.

»Wenn die Zivilklausel installiert ist, fängt die eigentliche Arbeit erst an«, betont Andreas Seifert, Vorstandsmitglied der Tübinger *Informationsstelle Militarisierung*. Und auch der Ingenieur Dietrich Schulze, von 1984 bis 2005 Betriebsratsvorsitzender des Forschungszentrums Karlsruhe und einer der Repräsentanten der Zivilklausel-Bewegung, sagt: »Eine Zivilklausel allein genügt nicht, sie muss gelebt werden durch eine ständige Auseinandersetzung über das, was geforscht und gelehrt wird.« Manch einen mag die Debatte über eine Zivilklausel an Worte von Wolfgang Borchert erinnern: »Du Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins: Sag Nein!«



*Klare Botschaft: Das Logo der Zivilklauselgruppe in Frankfurt*

**Artikel-URL:** <http://www.publik-forum.de/archiv/du-forscher-wenn-sie-dir-morgen-befehlen-print>

Mit freundlicher Genehmigung des Publik-Forums

© Publik-Forum Verlagsgesellschaft mbH 2012

<http://www.publik-forum.de/>